

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Verleger: Dr. G. B. Schmidt, Dresden, Friedrichstraße 10. Telefon: 13 528, 13 530, 13 537, 17 100. Vertriebsstellen: Leipzig Nr. 2000, Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Abonnementspreise: Bei freier Zahlung im Voraus monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75, halbjährlich M. 25.50, jährlich M. 48.00. Bei Vorauszahlung im Voraus monatlich M. 4.00, vierteljährlich M. 12.00, halbjährlich M. 24.00, jährlich M. 46.00. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Zum außerordentlichen deutschen Studententag

Das Studententreffen wird am nächsten Sonntag, Sonnabend, werden die Vertreter aller deutschen Hochschulen hier in Dresden zusammenzutreten, um an der vom Ministerpräsidenten Brücker vorbereiteten Hochschulreform Stellung zu nehmen. Mögen die Besprechungen einen festen Boden schaffen, auf dem das alte akademische Leben der neuen Zeit angepaßt zu werden kann zum Nutzen und Vorteil Vaterlandes.

Wenn diesem Punkt heute oder ein weiterer zur Diskussion, der in folgender Richtung von der Interuniversitäts-Commission beantragt worden ist:

„Aufstellung von Bedingungen, deren Erfüllung jede Partei versprochen muß, wenn nicht die Deutsche Studentenschaft die Forderung an sich stellt, die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ in eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die hier erdachte „Deutsche Studentenschaft“ ist eine Organisation, die im Vorjahr auf dem ersten deutschen Studententag in Würzburg ins Leben gerufen wurde als „Zentrale“ der „allgemeinen Studentenschaft“.

Die Einleitung des Gerichtsverfahrens

Berlin, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gegen sämtliche auf der in Berlin überredeten ersten Sitzung des Reichstages in vom Reichstagspräsidenten beim Reichsgericht die Einleitung des Gerichtsverfahrens beantragt worden, um der Einleitung des ersten Deutschen durch deutsche Gerichte unparteilich festzustellen. Die Einleitung des Verfahrens in Berlin wurde bereits von dieser Entscheidung des Reichstagspräsidenten in Kenntnis setzt.

Berlin, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung wird die neue Kuratorkommission der Entente nach dem, was nach dem Reichstagspräsidenten in Berlin am 14. Mai in der ersten Sitzung des Reichstages in Kenntnis setzt.

Der erste Termin

Rotterdam, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) „Talis Mail“ meldet aus Paris: Am nächsten Mai ist der Termin, der der deutschen Regierung für die erste Sitzung der Friedenskonferenz anberaumt wurde, auf den 20. Oktober festgesetzt worden. Dem deutschen Gesandten wurde hierzu bereits Mitteilung gemacht.

Die Erweiterung der Listen

Genf, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Genf meldet: Der nach Berlin abgegangene Liste der schwebenden Deutschen werden zwei weitere Listen in Rom am 15. Mai folgen. Die zwei Listen stehen bereits vor ihrer letzten Redigierung. Die Listen haben einen Verzicht auf den Hauptinhalt ihrer früheren Aufstellungen nicht aufgegeben können. — Der „Times“ berichtet, daß die Listen der nach Kuratorkommissionen Deutschen von den Alliierten seitens der Hände jetzt fast 1700 Namen.

Zur Abstimmung in Ostpreußen

Königsberg, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der letzte Zeitpunkt für die Eintragung in die Wahlmatrikel der Ostpreußen ist am 21. Mai. Bis dahin müssen alle außerhalb des Gebietes wohnenden Wahlberechtigten des Gebietes ihren Wahlort an dem Wahlmatrikel eintragen. Außerdem ist eine zweite Anmeldung an die Wahlmatrikel für Ostpreußen in Königsberg bei den Behörden notwendig. Dieses Datum ist erforderlich, um freie Einreise, freie Ausreise und Verpflegung zu gewährleisten. Es ist dringend für die im Reich lebenden Wahlberechtigten, ihre Heimat zu verlassen!

Die Abstimmung in Marienwerder

Berlin, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der völkische „Kurier“ in Königsberg ist zum Zweck der Abstimmungskommission für Marienwerder ernannt worden.

Die Vorgänge in Eupen und Malmedy

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Anzahl Briefe von der deutschen Regierung an die belgische Regierung und dem Vizepräsidenten über die Ereignisse in Eupen und Malmedy. Die Briefe sind sehr interessant, weil sie die Lage der Dinge in diesen Gebieten zeigen. Die deutsche Regierung hat die belgische Regierung gebittet, die belgischen Behörden in Eupen und Malmedy zu unterstützen, um die belgische Bevölkerung vor den Folgen der deutschen Besetzung zu schützen. Die belgische Regierung hat darauf geantwortet, dass sie die belgischen Behörden in Eupen und Malmedy unterstützen wird, um die belgische Bevölkerung vor den Folgen der deutschen Besetzung zu schützen.

Rein Abkommen mit Dänemark

Das Ribban-Bureau meldet aus Kopenhagen: Da der deutsche Gesandte in einer Note vom 11. Mai die Aufhebung des dänischen Ministeriums des Reichens durch den Reichstag am 7. Mai den Minister des Reichens gefordert hat, so hat die dänische Regierung bereit sei, eine Vereinbarung mit der deutschen Regierung betreffend den Schutz der dänischen Inseln in der Ostsee abzuschließen. Die dänische Regierung hat die deutsche Regierung gebittet, die dänischen Inseln in der Ostsee zu schützen, um die dänische Bevölkerung vor den Folgen der deutschen Besetzung zu schützen. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, dass sie die dänischen Inseln in der Ostsee schützen wird, um die dänische Bevölkerung vor den Folgen der deutschen Besetzung zu schützen.

Die polnischen Truppenansammlungen

Breslau, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach zuverlässigen Berichten haben sich die polnischen Truppen über die polnischen Truppenansammlungen in der ober-schlesischen Gegend, die angeblich nur zum Sammelplatz für die an die polnischen Front abgehenden Regimenter bestimmt waren, als unmaß gebildet. Die Truppen sind heute nach dort und werden demnächst verfrachtet. Als besonders ungewöhnlich erscheint es, daß ihnen in den letzten Tagen starke Kommandos von Kriminal- und Zollbeamten anverleitet worden sind. In Warschau am Sonntag sind angekommen polnische Truppen in blauer französischer und englischer Uniform. Die deutschen Grenzschutztruppen sind bis auf einzelne Abteilungen zurückgezogen worden, um die polnischen Truppen zu verwehren. — Am vorigen Freitag verließ ein polnischer Stützpunkt von 100 Mann Remscheid an der polnischen Grenze, wurde aber von der Grenzschutztruppe und der deutschen Feldwache abgewiesen. Die Grenzschutztruppe hat in der letzten Woche eine ganze Anzahl von Personen verhaftet, die sich beim Grenzschutz anwerben lassen wollten und als polnische Polen heranzustellen, die dies im polnischen Auftrag tun wollten.

Von französischen Posten erschossen

In Deutschland wurde im Gerichtsgebäude ein Gefangener, der trotz des Verbots zum Fenster hinausstieg, von einem französischen Posten erschossen. Eine Frau wurde aus dem gleichen Grunde am Kopf verletzt.

Zur Verschiebung der Konferenz

Paris, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach London wird bekannt, daß sich die Konferenz in Paris verschieben wird, da eine etwa notwendige Verschiebung der Konferenz in Spa notwendig ist. Die Konferenz in Spa ist notwendig, da die Konferenz in Spa notwendig ist, da die Konferenz in Spa notwendig ist.

Veratungen über Deutschland

Paris, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Vizepräsident der französischen Friedenskommission in Paris, Scheffer, wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet. Seine Anwesenheit in Berlin dürfte mit Vorbereitungen für die Konferenz in Spa zusammenhängen. Die deutsche Reichsregierung berichtet, daß der einmal festgesetzte Termin eingehalten wird.

Vor der Räumung Frankreichs

Frankfurt, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Frankfurt rechnet man bestimmt, daß die Franzosen in der nächsten Woche die Stadt räumen werden. Es ist bereits ein großer Teil der Geschäfte verladen worden. In Privatgesprächen hat General Ribbentrop die Absicht geäußert, daß die Räumung bald bevorsteht. Wenn die Besetzung von Darmstadt nicht bis Pfingsten angedauert wird, wird der belgische Landtag in Eupen zusammengetreten, da man im Hinblick auf den Landtag der Räumung ist, daß im belgischen Gebiet keine Gewalt für die Zusammenkunft der Abgeordneten gesehen ist.

Neue Truppen für Frankfurt

Frankfurt, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Anzeige des französischen Militärkommandanten treffen am Sonntag den 16. Mai weitere 2100 Franzosen als Besatzung in Frankfurt und den Vorstädten ein. Für weitere 2100 Offiziere ist Quartier in Bürgerhäusern angefordert worden.

Französische Gerichtsbarkeit

Frankfurt, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Militärgericht verurteilte einen Elektriker in Nied bei Frankfurt zu drei Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe und einen Russen zu sechs Monaten Gefängnis. Bei beiden Verurteilten wurde ein französisches Gewehr gefunden.

Vorzugspreise für die Besatzungstruppen

Frankfurt, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Mit Beginn dieses Jahres haben die deutschen Besatzungstruppen in unter-schlesischen Gebiet vollen Rationierungserlasse erlassen. Die Besatzungstruppen bezahlten seitdem für 100 Liter 40 M. Jetzt hat sie den Preis auf 37 M. herabgesetzt, trotzdem die Kartoffeln sich im Preise verteuert haben und die Bevölkerung von Frankfurt 60 M. für das Pfund, also 120 M. für das Rilo bezahlen muß.

Die Wundertur von Spa

Artikel 232. — Das „betrogene Frankreich“ gegen Clemenceau. — Was soll in Spa geschehen? Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 11. Mai. Mit etwas verfrühtem Eifer lebte der Bürgermeister von Spa, Baron de Craay, den Gemeinderat in Bewegung, um die Einzelheiten des „großen Festes“ festzusetzen. Als Vorsitzender des Festes hielt er es für sehr, den Ententevertretern die Benutzung des prächtigen Saales der Spawerkschule zu empfehlen. Witterand und Hoch ehrten den Baron mit Dankesworten, sie sehen die Wichtigkeit der Einmündigkeit von Spa, deren Festlichkeit bekannt ist, den belgischen Gruß Frankreichs anbieten. Der Bürgermeister ist also fertig. Ginge es noch um, so könnten die Konferenzen an dem in Spa festgelegten Tage beginnen. Allein, bis die „Wundertur“, wie sich der Baron in einem Vorwort ausgedrückt hat, ihren vielversprechenden Anfang nehmen kann, gibt es noch eine harte Nut zu fassen. Das Problem lautet: Artikel 232...

Um die Voraussetzungen des Verfalls der Vertragsentwürfe auf allen Konferenzen zu erfüllen, hat der Baron ein festes Ziel. Er bezieht sich im Vorwort der sechs Monate, die seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages sind, in diesem Maße, wie die wirtschaftliche Verhältnisse in Europa aussehen. Deute sich dieser letzte Artikel als Antwort auf der Seite einer „politischen“ Unterredung, über deren Unrichtigkeit, wenn nicht bedenklichen Charakter so wenig wie nur möglich in die Öffentlichkeit dringen soll. Artikel 232 stellt gewissermaßen den „großen Triumph“ Clemenceaus auf der Pariser Friedenskonferenz vor. Mit der Erfüllung einer Vertragsklausel, die eine noch nicht feststehende Sache Deutschlands ist die Wiederherstellung und Wiederaufnahme aller Schäden vorzuziehen, also mit der Handhabung des Gesetzes, der die Konsequenzen auf viele Jahre in seiner Gewalt hat, schließt Clemenceau, wie er damals sagte, auf der „Schlacht“ auf.

Im Januar 1919 trat die interalliierte Finanzkommission zusammen, um die Entschädigungsfrage zu untersuchen. Das Prinzip der Wiederaufnahme hatte Deutschland im Waffenstillstandsabkommen anerkannt. Wie verhielten sich aber die Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas auf der damals abgetragenen „Finanzkonferenz“? Professor Leves, der erste Stabschef Lord Georges, lehnte den französischen Antrag — von dem Finanzminister Ribbentrop und dem „Wiedergutmachungsminister“ eingebuchtet — ab. Frankreichs Plan hatte nämlich keinen anderen Zweck, als die enge Verbindung der Finanzklausel mit der Bekämpfung des linken Rheinlandes und der Bekämpfung des linken Rheinlandes. Da Frankreich, wie er heute selbst sagt, die Wiedergutmachung des linken Rheinlandes vertritt, so könnte er, in Kontakt mit der Finanzkommission, ein französisches Deutschland auf zwei Menschenalter hinaus ein verträgliches anerkanntes Recht Frankreichs anerkennen werden könne. Die Einleitung der Schuld rückt er an seine Stelle. Das steht heute einwandfrei fest. Da Frankreich mit seiner Forderung über die Zahlung der Entschädigung Deutschlands abfiel, am 9. Juni 1919 demissionierte.

Clemenceau und Leves wollten die Anerkennung einer „noch nicht feststehenden Schuld“. Im Mai folgenden Jahres soll erst die Wiedergutmachungskommission ihr Elaborat liefern. England trat gegen den ursprünglichen französischen Antrag stark auf. Am Ende gab es den ersten Male, als der Vertrag bereitgestellt wurde, also vor der Unterzeichnung, zum zweiten Male nach der deutschen Annahme, die bekanntlich eine bestimmte Entschädigungsumme nannte, freilich unter Belbehaltung eines deutschen Kolonialbestandes und einer deutschen Handelsflotte. Die deutsche Regierung dachte sich, laut Leves, mit den Entschädigungen. Da aber England weder in der Kolonialfrage etwas nachlassen, noch in der Frage der deutschen Kaufkraftverhältnisse Zugeständnisse machen wollte, so fiel mit der deutschen Proposition auch Leves durch. Den Kaufkraft und über Wilson, der die nachfolgenden Versuche Lord Georges, bei Frankreich eine Wiederaufnahme der Finanzklausel durchzusetzen, dadurch fruchtlos machte, daß er sich auf Clemenceaus Seite stellte.

So entstand der Artikel 232 des Versailler Vertrages. Er entstand aus den territorialen Forderungen Englands und Frankreichs. Wäre man von diesen im voraus festgelegten Gebietsansprüchen teilweise zurückgetreten, so hätte sich möglicherweise ein Kompromiß auf der Basis des deutschen Vorschlages ergeben. Aber Frankreich wollte damals „Promessen“, die bessere Vertragsbestimmungen, die gegebenenfalls militärische Maßnahmen gestatten. Der Vertrag ist soviel wert, wie man daraus macht“, ließ es in einer Rede Clemenceaus, England ließ in seinen Absichten, die es mit den Dominions und mit Japan getroffen, nicht locker. Wilson hatte im Juni die einen Wunsch: Nach Hause! Er stimmte für Clemenceau, und die Sache war über den Kopf der von Leves geleiteten belgischen Kommission entschieden. Heute geben die Engländer Leves recht, und Lord Georges ist in seinem Blatte „Daily Chronicle“ erklären, daß Frankreich in der Entschädigungsfrage eigentlich alles hätte. Das bedeutet: die Vertragsklausel kam ohne Zustimmung Englands zustande, und Amerikas Zustimmung ist fraglich geworden.

In Spa Remo erließ die ernannte Forderung Witterand, den Artikel 232 unverändert beizubehalten, nämlich Schlußwort. Italien läßt sich auf Englands Seite. Amerika ließ brauchen. Das einzige Zugeständnis, das Witterand in Spa Remo durchsetzte, war die eventuelle Anwendung militärischer Druckmittel. Man erklärt in Witterands Umgebung, die Besatzungen (mitunter bis der Rhein) müßten ein